

# [ Erklärung der Solidarität ]



## **KollegInnen, GewerkschafterInnen und UnterstützerInnen!**

Das jahrelange und von der Bundesregierung gewollte Profitstreben der Deutschen Bahn AG, einhergehend mit permanenten Optimierungs- und Sparmaßnahmen in ihren Tochterunternehmen, wie der S-Bahn Berlin GmbH, hat zu gravierenden Folgen für die Sicherheit und Stabilität des Zugbetriebes geführt. Da weder die Bundesregierung noch die Landesregierungen derzeit der Daseinsvorsorge nachkommen, erhoffen sich die dort amtierenden Politiker die Lösung für ihre mit der Privatisierung der Deutschen Bahn selbst geschaffenen Probleme, in deren Fortsetzung und Ausbreitung zu finden.

Mit der 1994 durch die Bundesregierung auf den Weg gebrachte Betreiben der Bahn nach den Regeln der Privatwirtschaft, mussten wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner S-Bahn über Jahre das Zerstören eines funktionierenden Nahverkehrsbetriebes miterleben. Nun sollen wir mit der geplanten Ausschreibung der Verkehrsleistungen der Berliner S-Bahn durch den Berliner Senat deren vollständige Zerschlagung und Privatisierung erfahren.

**[ Es reicht!!! Weder wir S-Bahner/innen noch unsere Fahrgäste brauchen weitere Erfahrungen mit dieser desaströsen Privatisierungspolitik!!! ]**

Die Berliner SPD hat mit ihrem Koalitionsvertrag mit der CDU ihre eigenen Beschlüsse gegen die Ausschreibung der S-Bahn Leistungen bewusst missachtet. Der Dachverband des DGB Berlin Nord/Ost hat eine gleichlautende Beschlusslage, aus der wir Beschäftigten leider bisher keine wirksame Unterstützung wahrnehmen. Stattdessen verhandeln nun sogar die Gewerkschaften mit der Politik um Sozialstandards für uns S-Bahner/innen, deren Inhalte wir Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder jedoch nicht kennen.

Die Gewerkschaftsführung der EVG, die zum DGB gehört, und die der GDL, die zum DBB gehört, haben erklärt, dass sie die Ausschreibung der S-Bahn lediglich begleiten werden. Einem Arbeitskampf, den weit mehr als ein Drittel der S-Bahn Beschäftigten von ihren Gewerkschaften einfordern, gingen sie bisher aus dem Weg. Den Funktionären in den Gewerkschaften scheint mehr an ihrer „Sozialpartnerschaft“ und ihrem „Co-Management“ mit der Deutschen Bahn AG zu liegen, als mit ihren Mitgliedern für deren Arbeitsplatzhalt und für 100% S-Bahn zu kämpfen.

Der S-Bahn Betriebsrat ist zwar bisher bei seinem Beschluss über den Erhalt einer einheitlichen S-Bahn geblieben, aber nur formell und „... solange es möglich ist.“. Die Mehrheit der Mitglieder im S-Bahn Betriebsrat hat schon jetzt alles dafür getan, den Kampf der S-Bahner/innen, gegen die Ausschreibung der S-Bahn Leistungen und damit die Ausschreibung unserer Arbeitsplätze, zu verhindern. Die 1000 Unterschriften von weit mehr als 25% der S-Bahn Beschäftigten, die damit beim Betriebsrat eine Gesamtbetriebsversammlung während ihrer Arbeitszeit einfordern, hat der Betriebsrat lediglich zur Kenntnis genommen und thematisch nur sehr fadenscheinig aufgegriffen.

Sowohl die Gewerkschaften wie auch der Betriebsrat haben bisher verhindert, dass wir S-Bahn Beschäftigte mit einer Vollversammlung ein deutliches und unübersehbares Zeichen gegen die Ausschreibung der Berliner S-Bahn setzen. Es reicht offensichtlich nicht, dass uns die Manager mit Arbeitshetze und Lohnabsenkung zusetzen. Nein, sie finden offensichtlich auch immer wieder Helfer, die durch ihr Handeln bewusst oder unbewusst den Kampf der arbeitenden Masse bei der S-Bahn, für eine hoffnungsvolle Zukunft aller S-Bahner/innen und ihren Familien, erschweren.

Weitere Informationen findet Ihr unter: [Aktionsausschuss.blogspot.com](http://Aktionsausschuss.blogspot.com)

